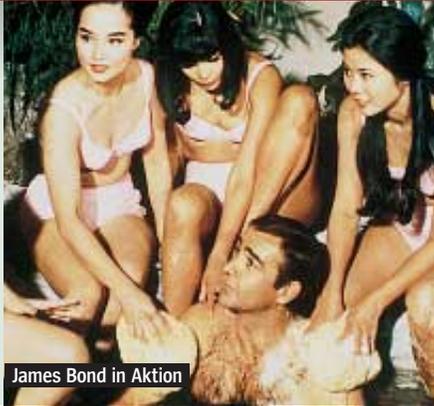


SPIELFILME

ARD setzt auf 007

Auch die ältesten der 18 Spielfilme mit James Bond, dem Agenten ihrer Majestät, sind für die deutschen Fernsehmacher eine sichere Sache. Sie garantieren selbst bei der fünften Ausstrahlung und im Regionalprogramm noch ein Millionen-Publikum. Derzeit wiederholt die ARD ihre Bonds. Der nächste, „Leben und sterben lassen“, wird am 13. Dezember gezeigt.



Die erfolgreichsten Bond-Streifen in der ARD

	Zuschauer in Millionen insgesamt	Anzahl der Ausstrahlungen
James Bond – 007 jagt Dr. No	45,3	5
Feuerball	40,6	4
Goldfinger	40,3	5
Liebesgrüße aus Moskau	39,9	4
Leben und sterben lassen	35,4	3

FILMHANDEL

Akten aus Zürich

Die Münchner Staatsanwaltschaft kann ihre Ermittlungen gegen den Medienunternehmer Leo Kirch wegen des Verdachts auf Steuerhinterziehung wohl bald mit Hilfe von Akten aus der Schweiz vortreiben. Nachdem der Züricher Bezirksanwalt vergangenen Mittwoch seine Untersuchungen abgeschlossen hat, sollen Unterlagen, die bei Durchsuchungen in der Schweiz konfisziert wurden, nach Deutschland geschickt werden. In dem Verfahren geht es um den Verkauf von 2500 Filmen Kirchs an seinen Schweizer Partner Otto Beisheim und dessen MH Medien Handels AG im Dezember 1989. Dabei habe es sich



Kirch

um ein Scheingeschäft gehandelt, glauben die Steuerfahnder, weil die MH von Kirch über einen Strohmann mitkontrolliert werde und sie schon 1990 die Filme mit einem Preisaufschlag an Sender aus der Einflussphäre Kirchs zurückverkauft habe. Kirch bestreitet alle Vorwürfe. Beisheim, Gründer des Metro-Konzerns, und drei ihm nahestehende Manager, die ebenfalls an MH beteiligt sind, zumindest haben 1991 und 1992 auffällig gut verdient: Ausweislich der Schweizer Steuerdeklarationen stiegen die Einkommen der Beisheim-Partner Erwin Conradi, Hannjörg Hereth und Hans-Dieter Cleven im Vergleich zu 1989 und 1990 um jeweils über vier Millionen Franken. Beisheim selbst legte beim Einkommen um drei Millionen zu.

FERNSEHEN

Pro Sieben mit n-tv?

Die börsennotierte Münchner Pro Sieben Media AG will erheblich Kosten einsparen, um den Aktionären einen hohen Gewinn auszuweisen. Dabei wird auch über eine Kooperation des Senders Pro Sieben mit dem Nachrichtenkanal n-tv nachgedacht; seit Wochen, so kolportieren Mitarbeiter beider Sender, redet Vorstandschef Georg Kofler mit n-tv-Chef Karl-Ulrich Kuhlo darüber. Künftig könnte n-tv das Sendematerial für die bisher mäßig erfolgreiche Newssendung von Pro Sieben liefern und über ein zu gründendes Münchner Büro die Beiträge gestalten. Gleichzeitig würde sich Pro Sieben am Kapital von n-tv beteiligen, so die Gerüchte. Als neuer Moderator für die Münchner wurde bereits n-tv-Nachrichtensprecher Lars Brandau getestet. Durch eine solche Allianz würde Pro Sieben die jährlichen Newskosten von schätzungsweise 60 Millionen Mark reduzieren. „Prinzipiell passt ein Nachrichtensender zwar zu uns, derzeit aber werden keine Gespräche geführt“, sagt Pro-Sieben-Sprecher Torsten Rossmann. Nach einer



Kofler

Strategiesitzung am Ammersee Anfang November hat Pro Sieben aus Kostengründen beschlossen, das Magazin „Die Reporter“ einzustellen und erneut Tutzende von Stellen abzubauen. Demnächst wird auch das werktägliche Boulevardmagazin „taff“ umgebaut. Finanzvorstand Lothar Lanz prüft bei allen Maßnahmen, ob sie dem Ziel einer zweistelligen Umsatzrendite dienen.

MEDIENPOLITIK

Angriff auf ARD und ZDF

Die privaten Rundfunkunternehmen starten einen Großangriff auf ARD und ZDF. Im Grundsatzpapier „Kommunikations- und Medienordnung 2000 plus“ ihres Verbands VPRT fordern sie ein Modell, das die Öffentlich-Rechtlichen kräftig stützt. So sollen künftig neben dem Ersten der ARD und dem ZDF nur noch ein europäisches Kulturprogramm sowie ein bundesweites Drittes als „Föderalprogramm“ zu sehen sein, das zeitversetzt Beiträge aus den Regionen sendet. Im Hörfunk wollen die Privaten nur noch zwei ARD-Wellen pro Bundesland sowie ein bundesweites Programm. Damit würden über 20 Radiowellen und

TV-Angebote wie Kinderkanal entfallen. Auch auf Werbespots und Beteiligungen an Privatfirmen sollen die Öffentlich-Rechtlichen verzichten. Über den „einheitlichen liberalen Ordnungsrahmen“ sollten Bund und Länder nach VPRT-Meinung gemeinsam wachen; geplant ist ein „externes Kontrollorgan“ zur Einhaltung der Kultur- und Bildungsaufgaben. Das duale Rundfunksystem sei ein „historisch überholtes Konstrukt“, heißt es in dem Papier, jetzt bedürfe es eines „klar definierten Auftrages“ für die gebührenfinanzierten ARD und ZDF. Rechtsprofessor Christoph Degenhardt bescheinigte dem Verband, das neue Modell sei „in allen Teilen verfassungskonform“. Bisher sprachen die Verfassungsrichter ARD und ZDF eine „Entwicklungs- und Bestandsgarantie“ zu.